

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

135 (18.6.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, 3.87 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.</p>	<p>Anzeigen: Die sechspaltige Reizzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamen 60 Pfg., Solalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Korrespondenz und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Bögel, Direktor. Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meber; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe. Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Hermann Wahler in Karlsruhe.</p>		

Der Reichstag und die Finanzreform.

Am 17. Juni, nachmittags 1 Uhr, wurde die Beratung der Steuervorlagen im Reichstag fortgesetzt. Abg. Graf Westarp (kons.): Auch meine Freunde wünschen, daß die Finanzreform zustande kommt auf einer breiten Basis unter Mitwirkung aller bürgerlichen Parteien. Die Liberalen sind aber durch ihr völlig negatives Verhalten (große Unruhe links, lebhafteste Rufe des Widerpruchs, Auf: Unwahrheit!) gegen unsere Vorschläge. Wir werden auch jetzt noch Entgegenkommen zeigen und auf Änderungen eingehen, jedoch nur dann, wenn an den Grundlagen unserer Vorschläge nichts geändert wird. Die gestrigen Verhandlungen waren aber nicht geeignet, unsere Hoffnungen auf ein Zusammenwirken mit Ihnen zu stärken. Wenn uns der Führer einer großen Partei vorwirft, wir handelten aus Eigenem (links: Sehr richtig!), so kann das unsere Abneigung, mit solchen Parteien zusammen zu gehen, nur stärken. Die Auffassung des Reichskanzlers, als nähmen wir einen absehbaren Standpunkt zur Finanzreform ein, als seien wir ein Hindernis der Finanzreform (Sehr richtig!), weisen wir zurück. Wenn es uns gelungen ist, 360 Millionen indirekte und 140 Millionen direkte Steuern zu beschließen, so ist das ein Erfolg, den wir erzielt haben unter Zurückstellung politischer und parteipolitischer Rücksichten. (Schallendes Gelächter links.) Die Erbschaftsteuer ist eigentlich eine direkte Steuer und gehört als solche nicht dem Reich. Wir haben gegen die Erbschaftsteuer dieselben schweren Bedenken wie gegen den ersten Entwurf. Für uns ist Hauptfrage die Besteuerung der Deszendenten und Ehegatten und vor allem ist die Erbschaftsteuer eine Art Vermögenssteuer und diese gehört den Einzelstaaten und nicht dem Reich. Ferner sehen wir in dieser Steuer eine Ueberlastung des immobilien Besizes gegenüber dem mobilen Kapital. Was über Steuerhinterziehungen auf dem Lande gesagt worden ist, ist geradezu lächerlich. (Lauter Widerspruch links.) Die Annahme, daß wir uns durch parteipolitische Rücksichten leiten lassen, ist durch den Gang der Geschichte widerlegt. Es ist auch absolut nicht davon die Rede, daß wir etwa daran gedacht hätten, den Reichskanzler zum Mittritt zu drängen. Wir meinen sogar, daß gerade wir durch unser energisches Eintreten für die Finanzreform dem Reichskanzler den Boden gebnet haben. (Stürmisches, minutenlanges Gelächter bei der gesamten Linken) und wir hoffen sogar, daß es dem Reichskanzler bei seinem bewährten patriotischen Sinn gelingen möge, die Finanzreform zu Ende zu führen. (Laut links: Armer Bülow! Stürmische Geister.) Nicht wir, sondern die Linke hat das Zustandekommen der Finanzreform erschwert. Sollte eine Kommissionsberatung beschlossen werden, so wollen wir uns dem nicht widersetzen mit Rücksicht auf die verbündeten Regierungen. — Nun zu den anderen Steuern! Gegen die Steuer auf Feuerversicherungs-policen haben wir schwere Bedenken. Die Umgestaltung auf Immobilien liegt eigentlich auf dem Wege unserer Vorschläge, aber hier ist sie doch vorgeschlagen unter ganz anderen Umständen als denen, von denen wir ausgingen. Wir werden deshalb auch hierzu unsere Stellungnahme noch genauer prüfen müssen. Eingehend verbreitet sich Redner dann noch über die Kottierungsteuer nach dem Vorschlag seiner Partei, um sie dringend zu empfehlen. Redner schließt: Eine einmütige ausgleichende Heranziehung des mobilen Kapitals können wir uns eine Finanzreform nicht denken. (Beifall bei den Konservativen.)

Abg. Singer (Soz.) hält den konservativen Vor, daß ihr Widerstand sich weniger gegen die Finanzreform, gegen die Erbschaftsteuer richte, als gegen die Wahlreformpläne der Regierung. Bezüglich dieser auf die preussische Wahlreform, so würden die Konservativen auch für die Steuer-Vorschläge der Regierung zu haben sein. Der Nationalliberalen hält Redner sodann vor, daß sie sich in Versammlungen ihrer Wähler früher anders ausgesprochen hätten als jetzt. Sie hätten sich für eine solche Säufung neuer Steuern auf den Konsum geäußert und jetzt seien sie bereit, 400 Millionen Verbrauchssteuern auf Bier, Branntwein, Tabak zu bewilligen. Wichtig sei der Gedanke, dem geistigen Wasser Ausbruch gegeben habe, daß die Regierung den Reichstag jetzt auflösen und Neuwahlen auszusprechen solle. Die Erbschaftsteuer von noch nicht einmal 100 Millionen sei nur ein Ornament, nur Stroh, weiter nichts. Die ganze Finanzreform, sowohl die der Regierung wie die Kommissionsbeschlüsse seien ein reiner Scherz auf eine vernünftige soziale Steuerpolitik. Wir lebten diese Reform sowohl die der Regierung wie der Kommission als Ganzes ab. Die jetzige Erbschaftsteuer-Vorlage hat mit einer entsetzlichen Heranziehung der Nachlässe nur den Namen gemein. Dieser neue Entwurf ist wieder nur eine Kapitulation vor den Agrariern. Wir werden in der Kommission durch unsere Anträge verhindern, eine bessere Besitzsteuer zu schaffen und ganz nach dem Ausfall dieser Verjudge behalten wir uns unsere Stellung vor. Eins aber sage ich schon jetzt: In der Hoffnung, die die Erbschaftsteuer jetzt hat oder wenn

sie gar noch verschlechtert werden sollte, ist sie zur Annahme für uns nicht geeignet. Ganz allgemein erkläre ich noch: eine Reform, die wir mitzudenken geneigt wären, hat zur Voraussetzung eine Einschränkung der Militär- und Flottenlasten. Diese Finanzreform ist eine Politik der Niedertracht, der Ausraubung. (Lärm, Vizepräsident Rämpf ruft den Redner zur Ordnung.)

Der Abg. Spahn recapituliert zunächst die in der Kommission bewilligten Steuern und führte dann nach in Erwiderung eines Angriffs des Abg. Wasser-mann aus, daß der Abg. Gröber allerdings noch im Jahre 1906 habe er sich jedoch von den Bedenken, welche gegen diese Steuer sprechen, überzeugt anlässlich einer Fraktionsbesprechung über diese Steuer. Seit 1906 habe er daher gegen diese Steuer gestimmt.

Von der Erbschaftsteuer hat der Reichskanzler am 6. Dezember 1905 selbst erklärt, daß sie das mobile Kapital viel weniger stark treffe, als das immobile Kapital. Auch der damalige Reichschatz-schatzsekretär, Hr. v. Stengel, hat sich in ähnlichem Sinne ausgesprochen. Dann aber hat auch der preussische Finanzminister in einer eingehenden Rede sich gegen die Deszendenten- und Ehegattensteuer ausgesprochen. (Große Seiterkeit im Zentrum. Gört, hört! rechts.) Auch er hat betont, wie die Erbschaftsteuer auf Deszendenten zu einer Mobilisierung unseres steuerlichen Vermögens führen würde. (Gört, hört! im Zentrum und rechts.)

Die Bedenken gegen die Erbschaftsteuer will ich noch mit ein paar Gründen etwas näher beleuchten. Die Steuer wirkt an sich so, daß sie 85 Prozent der Bevölkerung nicht trifft. Man überschätzt die Bedeutung, die man dieser Steuer als Kontrolle für die richtige Einkünfte des Einkommens beilegt hat. Der Grundbesitz ist in allen deutschen Staaten höher belastet als das mobile Kapital. Ich habe mir eine Berechnung aufmachen lassen von einem Großgrundbesitzer meines Dienstbezirks. Der Mann zahlt an Steuern und Abgaben an die verschiedenen Instanzen — das Reich kommt dabei nicht in Betracht — über 34 Prozent seines Einkommens. (Gört, hört! rechts. Zuruf links: Wer hat ihn eingeschätzt? Seiterkeit.) Er gehört nicht zu den Delbrüchigen Einkünftern. Bei dem mobilen Kapital gilt 20 Prozent schon für hoch. Es wird auch gesagt, daß bis zu 30 Prozent gezahlt werde. Das ist aber doch immer unter der Zahl der Prozente, die bei der Landwirtschaft gezahlt werden. Sodann wirkt die Steuer ungerecht. Treten in einer Familie häufiger Todesfälle ein, so wird sie schwerer belastet als eine andere, in der sie nicht so häufig eintreten.

Am schwersten belastet wird dagegen die Familie, in der wegen angeborener Krankheit und harten Lebensverhältnissen das Leben verhältnismäßig kurz ist. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Wie sieht es oft in ein und derselben Familie aus? Der Sohn, der über sein Erbeil hinaus Unterstützung bekommen hat, hat sein Erbeil weg und zahlt keine Steuern. Die Tochter aber, die bei den Eltern geblieben ist, soll für ihr Erbeil belastet werden. Ich meine, eine Steuer, die in dieser Weise ungleichmäßig wirkt, kann nicht als Ideal einer Besitzsteuer hingestellt werden. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Abg. Graf Westarp hat mit Recht hervorgehoben, daß die Steuer für den Grundbesitz ungünstige Momente bringen wird. Man muß die ganze Art der Lebenshaltung der verschiedenen Stände bei dieser Frage mit ins Auge fassen. Das Beamtenkind, das Wirtgekind geht seinen eigenen Weg, das Kind in der Landwirtschaft und im Handwerk tritt mit ein als mitarbeitendes Glied und verwendet seine Kraft in den Betrieben. Dafür soll es nun im Falle des Todes des Vaters noch einmal besteuert werden.

In der Landwirtschaft würde die Erbschaftsteuer deshalb zu einem wichtigen Zeitpunkt eintreten, weil hier bei der Erteilung Schulden auf den Grundbesitz aufgenommen werden müssen, damit ein Mitglied der Familie den Grundbesitz übernehmen und die anderen abfinden kann. Der Abg. Wasser-mann hat Bezug genommen auf Aeußerungen, die auf der Versammlung des Sanjabundes gefallen sind. Er hat Mitteilung gemacht über die Ausübung eines Ehrenobermeisters einer Junna über die agrarische Betonung des Familienfinnes. Dieser Ehrenobermeister hat die Sache gar nicht verstanden. Es machte sich diese Wirkung auf den Familienfinn nach zwei Richtungen geltend, einmal beim Antritt des Erbes und dann beim Todesfälle. Im ersten Falle würde es nötig, daß die dem Mittelstande angehörigen Eltern, soweit sie Grundbesitz haben, oder Gewerbe treiben, mit ihren Kindern einen Dienstvertrag schließen, wonach diesen alljährlich eine bestimmte Summe als Entgelt für ihre Arbeitsleistung gewährt wird. Daß das kein natürliches Verhältnis ist, werden Sie mir gubehen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Und wie ist es beim Todes-falle? Wenn wir gewirft hätten, daß die Erbschaftsteuer eingeführt würde, so bin ich überzeugt, würden wir beim bürgerlichen Geleibude das Erb-

recht anders geregelt haben. Wir würden die Gütertrennung als normalen Zustand eingeführt haben. Wir haben uns damals für die Gütergemeinschaft entschieden, deshalb wird eine Folge der Erbschaftsteuer die sein, daß wir das ändern müssen, was wir damals als das richtige für die allgemeinen Verhältnisse gefunden hatten. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Der Reichskanzler hat gemeint, die Erbschaftsteuer würde, wenn sie abgelehnt werde, wiedertommen und zwar in unangenehmerer Gestalt. Ich bin der Ansicht, wenn die Erbschaftsteuer abgelehnt wird, dann kommt sie sobald nicht wieder. Wir ist es auch ganz unverständlich, wie man dem Reichs-tag zuzumuten kann, überhaupt auf dieses Projekt wieder einzugehen, nachdem der Reichstag 1906 in-folge der Befämpfung seitens der Regierungsver-treter ein solches Projekt hat fallen lassen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Von den von der Kommission neu beschlossenen Steuern ist von besonderer Wichtigkeit die Kottierungsteuer. Es sollen gewisse Wertpapiere dafür, daß sie an der Börse zugelassen sind, einen gewissen Steuerbetrag tragen. Dadurch, daß diese Pa-piere an der Börse notiert sind, gewinnen sie an ihrer Kursfähigkeit und an selbständigem Wert, den sie an sich nicht haben würden. Die Steuer hat, das steht fest, in Frankreich völlig schadlos für die Börse gewirkt. Allerdings ist seit ihrer Erhebung vom 1. Januar ab eine rückläufige Bewegung der Börsen-gehäfte eingetreten, deren Gründe zeitlich noch nicht geklärt sind, die vielleicht aber gar nicht auf die Er-hebung der Steuer zurückzuführen ist. Der Abg. Müller-Gulda hat eine Bestimmung durchgesetzt, die der Staatssekretär, weil er sie übersehen hat, uner-wähnt ließ. Die Kommission hat beschlossen, daß die deutschen Aktienwerte, wenn sie in einem Jahre keine Dividende abgeworfen haben, für die folgenden Jahre von der Steuer befreit bleiben sollen. (Gört, hört! im Zentrum.) Natürlich, die Steuer ist ja bezahlt, ehe die Dividendenfestsetzung kam, denn die Steuer wird ja erhoben für das laufende Jahr. Er-gibt dann der Geschäftsabchluß, daß keine Dividende für dieses Jahr, für das die Steuer bezahlt ist, er-ziegt wird, so tritt Steuerfreiheit ein, bis wieder eine Dividende gezahlt wird.

Nun kommt die Frage der ausländischen Papiere. Es ist davon gesprochen worden, welche Bedeutung für unser Wirtschaftsleben und namentlich für die Kriegsbereitschaft die Anschaffung ausländischer Pa-piere hat. Ich bin der Letzte, der das verkennt.

Nach dem heutigen Kurswerte haben wir in-ländische Staats- und Reichsanleihen 17 Milliarden, wir haben inländische festverzinsliche Obligationen 14 Milliarden, inländische Aktien 15 Milliarden, aus-ländische Staatsanleihen 44 Milliarden, aus-ländische festverzinsliche Obligationen 12 Milliarden und ausländische Aktien 6 Milliarden. Das sind doch ganz erhebliche Beträge, und sie lassen erkennen, wie die Steuer wirkt und was sie bringt. Man sagt, die Steuer sei eine Vermögenssteuer. Sie ist aber in der Tat nichts als ein Stempel, der erhoben wird für die Zulassung der Papiere. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Dann möchte ich darauf aufmerksam machen, daß 1883 der Abg. Wisting auf die Kottierungsteuer hingewiesen hat. (Wohlfahrt's Gört, hört! rechts und im Zentrum.) Auch der frü-heren Finanzminister v. Miquel hat sich für eine Kottierungsteuer ausgesprochen. (Gört, hört! im Zen-trum und rechts.)

Und nun zu den neuen Vorschlägen der ver-bündeten Regierungen. Die Lösung, die in diesen neuen Vorschlägen versucht wird, ist nicht besser, sondern schlechter als die Lösung, die von der Kommission versucht ist. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Durch die Steuer auf die Feuer-versicherungs-policen wird nicht der Wohlhabende getroffen, sondern es wird auch der Mittelstand und der Aermere getroffen. (Sehr rich-tig! im Zentrum.) Und der Landwirt hat seine Streszens auf Monate in der Scheune. Er muß be-sonders auf das ganze Jahr hoch versichert sein, und wenn der Landwirt nicht in Gebäuden mit feuer-sicherer Bedachung seinen Betrieb vornimmt, nimmt ihn die Feuer-versicherungsgesellschaft nicht auf. Wir haben den Wunsch, daß die Versicherungen sich mög-lichst ausdehnen. Dießem Wunsch tritt aber die Steuer entgegen.

Dem vorgeschlagenen Wertpapierstempel wird man zustimmen können. Bedenklich aber wird die Frage bei dem Schenk. Wenn jemand seine Rech-nungen an die Handwerker durchweg in Schecks be-zahlt, so finden sich ganz kleine Beträge von 20 und 25 M. darunter. Wenn nun da eine Steuer gezahlt werden soll, so helfe ich mir durch eine Anweisung, die nicht den Scheckbestimmungen entspricht und also freibleibt von der Steuer. Darum soll man wenig-stens die kleinen Schecks freilassen. (Sehr richtig! links.)

Was die Umsatzsteuer auf Grundstücke anlangt, so habe ich schon bemerkt, daß sie ans der Frage der Wertminderungssteuer heranzugreifen ist.

Gegen die Wechselstempelsteuer habe ich an sich nichts, wohl habe ich gegen die Zeitgrenze Bedenken. Bei dieser Zeitgrenze ist eine Gepflogenheit des Ver-kehrs im Auge zu halten. Der Verkehr stellt den Wechsel auf den letzten Tag des Monats aus. Der Wechsel, der zum 15. abgegeben wird, wird nach drei Monaten schon mit einer Steuer belastet, obgleich seine Zahlung nicht am 15., sondern erst am letzten des Monats geschehen soll. Es muß daher jeden-falls auf diese Gepflogenheit Rücksicht genommen werden. Dem Steuerertrag wird das wenig Ab-bruch tun. Auf der anderen Seite ist die Frage er-wägenswert, ob die Frist von drei Monaten nicht zu kurz ist.

Ich glaube, aus den Darlegungen, die ich gemacht habe, ist zu entnehmen, daß es sich bei den neuen Steuerprojekten nicht um Steuern handelt, die Handel und Verkehr unberührt lassen, sondern sie sind es gerade, die den Verkehr und den Handel treffen.

Ich bin bei der ganzen Finanzreform von vorn-herin der Ansicht gewesen, daß man nichts weiter zu tun hat, als zu jucken, wie die Steuern an ge-rechtesten und am wenigsten drückend aufgebracht werden. Ich meine, das wäre auch die fernere Auf-gabe des Reichstages und des Bundesrates. Des-halb habe ich es auch von vornherein für falsch ge-halten, daß man sich auf die Nachlässe vertiefte. Ich befürchte fast, Nachlässesteuern gibt es nicht, und dann wird sich doch die Frage für den Bundesrat er-geben, ob es nicht auch ohne Nachlässesteuer gebe. (Seiterkeit im Zentrum.)

Nun hat der Abg. Wasser-mann gemeint, man solle den Reichstag auflösen und gesagt, „ich bin über-zeugt, daß der Reichskanzler diesen Ruhm nicht da-durch zerstören wird, daß er einer Finanzreform zu-stimmt, die dem Liberalismus ins Gesicht schlägt.“ Ist es denn wirklich eine liberale Forderung, daß die notwendigen Mittel durch Erbschaftsteuerung und nicht durch Börsesteuerung aufgebracht werden, nachdem Herr Baasche noch vor vier Monaten die Erbschaftsteuer als unerträglich bezeichnet hat? (Seiterkeit im Zentrum.)

Der Herr Reichskanzler sagt, er sei die Veran-laffung gemein, daß auch mit den Zentrumsmit-gliedern der Kommission wegen der Steuern verhan-delt worden sei. Er sagt, durch ihn sei nicht die Annahme eines Antrages des Zentrums gebindert worden. Das gebe ich zu. Aber der Herr Reichs-kanzler hat doch durch sein Verhalten jedenfalls die Wirkung erzielt — gewollt nicht, ungewollt aber —, daß die Entscheidungen der Kommission nicht immer aus sachlichen Gründen gefallen sind. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Dann hat der Reichskanzler sich darüber beklagt, daß er von Mitgliedern der Zentrumspartei in Medien und in der Presse mit ungerathen Angriffen bedacht worden sei. Was aber Aeußerungen der Presse betrifft, so ist damit gemeint ein Artikel, der in einer österreichischen Zeitung erschienen sein soll und auf den eine Erwiderung oder sonst was in der „Germania“ erschienen sein soll.

Ich habe beide nicht gelesen und habe kein sachliches Urteil darüber; aber ich will folgendes zu den Artikeln erklären. In dem Momente, als mir mitgeteilt wurde, daß solche Artikel erschienen seien, ich glaube, ich habe in den „Samb. Nachr.“ die erste Mitteilung davon ge-lesen, habe ich sofort der „Germania“ Mitteilung da-von gemacht, das sei irrig, in dieser Frage habe der Reichskanzler vom ersten Antrage an die Frage die Stellung eingenommen, daß wir fest zu Österreich stehen müssen, und er sei keinen Augenblick von dieser Stellung abgewichen. Nun ist aber der Artikel, wie ich erfahren habe, nicht von jemand geschrieben, der irgend wie mit dem Zentrum in Verbindung steht. Der Betreffende gehört auch nicht der katholischen Kon-fession an. Wir stehen dem Manne also durchweg fremd gegenüber. Es mag sein, daß er enge Bezie-hungen in Wien und Berlin hatte und daß er dort in-formiert worden ist. Wir haben mit der Sache nichts zu tun. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Wenn der Herr Reichskanzler glaubt, wir hätten ihn boykottiert, weil er die Reichstagsauflösung herbei-führte und in politischen Gegenjag zu uns getreten ist, dann irt er ganz gewaltig. (Lebhafte Zustim-mung im Zentrum.)

Ich begreife nicht, wie er jetzt noch in diesem Glau-ben sein kann, wenn er es auch ursprünglich gewesen ist. In der ersten Sitzung des neu-gewählten Reichs-tages habe ich in seiner Gegenwart gesagt, woran es liegt, weshalb unsere Beziehungen zu ihm nicht auf-recht erhalten werden können. Mühen wir uns den von ihm einer ausländischen Gesellschaft gegenüber ge-machten Vorwurf der „antinationalen Aroganz“ ge-fallen lassen? (Stürmische Zurufe im Zentrum.)

Der Reichskanzler hat getan, als ob nichts Veleidi-gendes gegen uns geschehen sei. Wir find die per-sönlich beleidigten, und er hätte, ohne sich etwas zu vergeben, sagen sollen, daß das nicht be-absichtigt war. Dann wäre der Fall ausgediehen ge-wesen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Takt haben wir auch, so daß wir politische Fragen nicht auf den persönlichen Verkehr übertragen; aber was wir

... faktisch betrachten, darüber müssen wir uns in
... Entscheidung dauernd selbst vorbehalten. (Zeh-
... hafter Beifall und Zustimmung im Zentrum.)
Dann sagte der Reichskanzler, „weil ich mich nicht
entschieden konnte, nur auf die Worte des Zentrums
zu schwören, weil ich das nicht durfte gegenüber der
Zentrumsparlei, ist es zum Bruch mit ihr gekom-
men.“ Herr Reichskanzler, die Geschichte wird seine-
zeit auch über diese Sache referieren und ich darf als
meine Überzeugung aussprechen, daß sie Ihre Worte
nicht bestätigen wird! (Sehr richtig im Zentrum.)
Ich will zum Schluß nur eins sagen: wir werden
dieser Finanzreform ruhig gegenüberstehen, ohne Rück-
sicht auf die Person, von der wir mit Goethe sagen:
„Keine Person ist unerlässlich.“ Für uns wird maß-
gebend sein auch nicht das Agrarierium — ich habe
nicht Kar und Palm — für uns wird maßgebend sein
die Förderung der Interessen des Deutschen Reiches
und des deutschen Volkes. (Andauernder lebhafter
Beifall im Zentrum.)

Finanzminister v. Heineken wendet sich ge-
gen die Änderungen des Grafen Westarp zugunsten
der Notierungsteuer. Tatsächlich sei diese eine par-
tielle Vermögenssteuer, gegen die also auch alle die
Gründe gelten, die gegen eine Reichsvermögenssteuer
sprechen. Weiter tritt der Minister noch ein für die
Erbfallsteuer und legt dar, daß diese von dem land-
wirtschaftlichen Besitz überhaupt nur einen sehr ge-
ringeren Prozentsatz treffe und dem betroffenen Grund-
besitz weitestgehende Erleichterungen gewähre.
Abg. Fritsch (Hyp.) erklärt, mit dem
Reichskanzler meinen seine Freunde, daß bei diesem
großen nationalen Werke alle bürgerlichen Parteien
sich zusammen finden sollten. Seine Partei wolle
ferner, daß der Besitz entsprechend herangezogen werde.
Seine Freunde würden daher auch der Erbfallsteuer
zustimmen und zwar in ihrer überwiegenden Mehr-
heit in der Erwartung, daß die von ihnen für erfor-
derlich gehaltenen Änderungen angenommen werden.
Die Beschlüsse der Kommission seien kein gang-
barer Weg. Seine Partei sei aber noch wie vor be-
reit, anderen Vorschlägen, die einen geeigneten Ersatz
für die Erbfallsteuer bieten, zuzustimmen. Die Er-
satzsteuer-Vorlagen würden von seinen Freunden ohne
Zweifel angenommen werden.
Abg. v. Dzierzowski (Pole) bemerkt, der
Reichskanzler habe die Debatte auf die Grundlage
einer Partei-Ansicht über die Frage gestellt. Daher würde
seine Fraktion sich an dieser Debatte nicht beteiligen.
Sie werde aber ihre Stellungnahme kundgeben bei
der Beratung über die Kommissions-Beschlüsse. Be-
züglich der heute auf der Tagesordnung stehenden Be-
weiserlage beschränke er sich darauf, für deren Über-
weisung an die Kommission zu stimmen. (Geisterzeit.)
Darauf verlegt sich das Haus auf morgen 1 Uhr.
Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß nach
6 Uhr.

**Abgeordneter Gilbert und die Ver-
wendung der Kirchensteuern betr.**
Wir sind in den Stand gesetzt, folgende Mitteilung
zu machen:
Das Erzbischöfliche Ordinariat hat sich im Be-
nehmen mit dem katholischen Oberstiftsrat mit der
Frage befaßt, ob gegen den Herrn Landtagsab-
geordneten Gilbert bezüglich der in seiner Wahl-
rede vom 10. Januar d. J. in Gattlingen gemachten
Ausführungen über die Kirchensteuer Strafverfah-
ren wegen Verleumdung der kirchlichen Behörden zu
stellen sei, die für die Verwendung der allgemeinen
Kirchensteuer verantwortlich sind. Neue Ausfüh-
rungen waren, so wie sie nach dem Protokoll der
Schöffengerichtsverhandlung zu Radolfzell vom
20. März bezeugt und in Nr. 111 (1. Bl.) des „Wald-
seher Beobachters“ atemmäßig wiedergegeben sind,
offenbar geeignet, den Eindruck bei den Zuhörern
zu erwecken, als ob der größte Teil der Kirchensteuer
in unverantwortlicher Weise zu unkontrollierbaren
Zwecken verwendet würde.
Es erscheint indessen die Herbeiführung einer
gerichtlichen Feststellung, daß dies nicht der
Fall ist und nicht der Fall sein kann, der kirchlichen
Behörde nicht als nötig, um die zuständigen Stellen
vor Verdacht zu schützen. Nur an einer solchen Fest-
stellung in der Kommission könnte die kirchliche Behörde
einen gewissen Anteil haben, nicht an einer Bestrafung
des Abgeordneten Gilbert.
Der Voranschlag der allgemeinen Kirchensteuer

liegt gemäß gesetzlicher Vorschrift stets vor Bewillig-
ung der Steuer in allen Gemeinden einen Monat
lang zu jedermanns Einsicht auf. Diese Auslegung
wird öffentlich bekannt gemacht. In dem Voran-
schlag sind die angeforderten Summen und deren
Verwendung im einzelnen angegeben. Die Positionen
des Voranschlags werden stets einzeln in den
öffentlichen Tagungen der Kathol. Kirchen-
steuervertreter des ganzen Landes im Beisein eines
Regierungsvertreters beraten und beschlossen. Erst
nachdem die Beschlüsse dieser Versammlung von der
Großh. Regierung geprüft und genehmigt sind, wer-
den sie unter Bezugnahme auf den allgemein be-
kannten Voranschlag und unter Angabe der hieran
vorgenommenen Änderungen vom Erzbischof im
Katholischen Anzeigebblatt veröffentlicht. Die Nachwei-
sungen über die Verwendung der Kirchensteuer wer-
den der Regierung und der nächsten Kirchensteuer-
vertretung vorgelegt. Es ist also in jeder Beziehung
dafür gesorgt, daß kein Vermögensgegenstand zu
nicht genehmigten und unkontrollierbaren Zwecken
verwendet werden kann. Jeder Kirchenbesitzer, dem
es um die Wahrheit zu tun ist, hat die Möglichkeit,
sich durch Einsicht in den Voranschlag, die Berichte
über die Tagungen der Kirchensteuervertretung und
die amtliche Veröffentlichung der Beschlüsse der
letzteren genau darüber zu unterrichten, wo die
Kirchensteuern „hinkommen“.

Zu sachlicher Beilegung dürften für jeden rechtlich
Gesinnten hiernach die Ausführungen des Herrn
Landtagsabgeordneten Gilbert erlösend sein.
Wenn der Herr Landtagsabgeordnete Gilbert, statt
diese Tatsachen zu beachten und aus den amtlichen
Klärungen über die Verwendung der Kirchensteuer
sich zu belehren, es nach Aussage seines Anwaltes
für erlaubt erachtet hat, einen im „Waldseher Beob-
achter“ Nr. 277 (1. Bl.) vom 2. Dezember 1908
„Staatsdotation und Kirchensteuer“ eingehend be-
richtigten, oberflächlichen und feindseligen Artikel in
Nr. 559 der „Wald. Landeszeitung“ vom 30. Novem-
ber 1908 ohne jede Sachkenntnis und ganz kritiklos
seiner Wahlfrede zu Grunde zu legen und Verdächtig-
ungen auszusprechen, die nicht bloß die kirchlichen
Oberbehörden, sondern auch die Großh. Staats-
regierung berühren, unter deren Mitwirkung, Be-
weiligung und Aufsicht die Kirchensteuer bewilligt,
erhöht und verwendet wird, so glaubt die kirchlichen
Behörde ihrerseits, daß ein solches Vorgehen in den
Augen aller Urteilsfähigen sich selber richtet und
nicht erst der Beurteilung durch ein Gericht bedarf.
Die katholischen Blätter des Landes bitten wir,
von Vorbehalt ihrem Leserkreise Kenntnis geben zu
wollen.

Deutschland.

Ein leichtfertige Anlage. Stud. jur. Klaus
Fehr. Jörn von Bulach in Straßburg teilt dem
Waldseher Bureau mit: „In der Tagespresse ist — in-
folge einer Meldung des genannten Bureau — ein
meine Person betreffender Vorwurf besprochen worden,
der sich in einem gewissen Restaurant zugetragen haben
soll. Dabei wird mir eine äußerst geringfügige, jedes
gebildeten Menschen unwillkürliche Verletzung über die
deutsche Sprache in den Mund gelegt und daran die
Mittelung geknüpft, daß ein anwesender Student mich
hierauf lässlich beleidigt habe. Ich erkläre hiermit, daß
die ganze Erzählung unwarhaft und von Anfang bis
Ende erfunden ist und daß nicht einmal irgend ein gleich-
zeitiger Vorwurf insofern eines Mißverständnisses dazu
Anlaß geben konnte. Ich behalte mir vor, namentlich
gegen solche Propaganda vorzugehen, die die obige Mit-
teilung in tendenziöser Weise gebracht oder gar mit
weiteren beleidigenden Auslegungen verbunden haben.“
Der Student der Jurisprudenz Friedrich Jörn von Bulach
ist ein Sohn des elsäß-lothringischen Staatssekretärs.
Das Waldseher Bureau berichtet über ihn, er habe in
einem Restaurant sich französisch unterhalten; mit
seinem Hund aber deutsch gesprochen und dies damit
motiviert, die deutsche Sprache sei gut genug für Hunde.
Diese erlogene Geschichte gab Anlaß, daß die bekannten
deutschen Chauvinisten im Norden die glibberigen Artikel
gegen den Staatssekretär brachten. Daraus, daß sich die
ganze Geschichte als erlogene herausstellt, ist die Dummheit
für diese Blätter um so größer.

Kotierungssteuer betr. wird in nicht sach-
männischen Kreisen herumgetragen, woher das Wort wohl
ein einmaliges Gastspiel in der Titelpartie veranstaltet
wird. Die Künstlerin hat auf ihr Honorar zu Gunsten
der Postheilerpensionenanstalt verzichtet.

Kirchliche Nachrichten.

Freiburg (Breisgau). Von den im Jahre 1884
durch Erzbischof Debin geweihten Priestern können, so
Gott will, nachstehende ihr silbernes Jubiläum
feiern: Professor Dr. Wauer in Heidelberg, Dompropst
Wette in Freiburg, Pfarrer Eicheler in Wiesch,
Pfarrer Graf in Untergrömbach, Pfarrer Seizmann
in Wangen, Professor Dr. Künzle in Freiburg, Pfarrer
Salzmann in Gohntenzen, Pfarrer Schäfer in
Berat, Pfarrer Seger in Scherzegg, Pfarrer
Wendler in Bärenbach und Pfarrer Wüst in Göt-
tingen. Die Feier findet in Freiburg statt.
Freiburg, 17. Juni. Im Alter von nahezu 79
Jahren ist der Jubelpriester, Herr Pfarrer a. D. Blasius
Holzmann, Mitter des Bäringer Löwenordens erster
Klasse, gestorben. Vom Jahre 1888—1905 wirkte er als
Seelsorger in Paffenweiler, Amt Staufen.
Säckingen, 17. Juni. Die gut besuchte „Freie Kon-
ferenz“ des Landkapitels Bielefeld verhandelte 1. über die
neuen kirchlichen Bestimmungen bezüglich des Wochenbuches,
der Bibellektoren und des Erstkommuniantenunterrichtes;
2. das Gebetbuch für das 1., 2. und 3. Schuljahr, allgemeine
grundlegende Gesichtspunkte zur Vorbereitung für die Be-
sonderheitenarbeit; und 3. über das päpstliche Dekret „Die
täglige Kommunion“. — Unsere zwei Teilnehmer aus Göt-
tingen sind die Herren Pfarrer Kär und Dr. Illmann
gaben uns dann noch interessante Schilderungen über Rom
und den Heiligen Vater. Eine lebante, praktische Dis-
kussion schloß sich jeweils an die Referate an.
Wiesbaden. Nachdem die hiesige Wallfahrt seit ge-
raumer Zeit geschlossen war, wird sie am Montag, 5. Juli
(Mariä Himmelfahrt), feierlich wieder eröffnet. Die
früheren Besucher der Wallfahrt werden staunen über die Ver-
änderungen, die mit dem trauten soviel Erinnerungen an
die badische Geschichte bergenden Wallfahrtsortlein vorge-
gangen sind. Das Kirchlein ist inzwischen eine Kirche ge-
worden, ohne den trauten Charakter von früher zu verlieren.
Dabei sind die Restaurierungsarbeiten durchaus im Geiste der
Biederzeit gegen das schon Bestehende angeführt worden. Wir
sind überzeugt, daß die Wallfahrt Wiesbaden nun wieder
von neuem anflutet wird, zumal es an Wallfahrern hier
auch früher nie gebricht hat. Besonders die Katholiken der
Niederung dürften sich darüber herzlich freuen.

komme und was es bedeute. Es sei daher hier eine Er-
klärung gegeben. Das Wort la cote (nicht edle) heißt
niemals Gesellschaft oder so ähnlich, wie gestern an
anderer Stelle behauptet war. Es kommt vielmehr vom
lat. quota (der so und sovierte Teil), bedeutet demgemäß
1. Beitragsanteil, speziell 2. Steuerquote, Steuerbe-
treffnis; als terminus technicus im Handel jedoch
3. Kurszettel (weil der angibt, der wievielte Teil des
Kammerettes als Kaufwert usw. gilt), und davon 4. die
börsenmäßige Notierung des Kurses von Wertpapieren.
Demgemäß: cotiser = zur Steuer veranlagung (einschließen);
und cotisation = Veranlagung zur Steuer, speziell auch die
Veranlagung der Zulassung zur Aufnahme in den
Kurszettel. (In Frankreich dürften neue Wertpapiere
von jeher nur mit hoher obrigkeitlicher Erlaubnis in den
Kurszettel aufgenommen werden.)

Witwen- und Waisenversicherung betr., meldet
die „Zett. Ztg.“: Nach § 15 des Sozialgesetzes soll
die Witwen- und Waisenversicherung der Arbeiter bis
zum 1. Januar 1910 durchgeführt sein, wenn nicht die
dafür aufgesammelten Summen den Versicherungs-
anforderungen für den gleichen Zweck ausreichen. Da
die Reichsversicherungsordnung, welche diese neue Ver-
sicherung enthält, erst im Herbst an die Reichstags ge-
langen wird, so kann jener Termin nicht eingehalten
werden. Die Regierung hat daher eine Vorlage vor-
bereitet, durch welche diese Frist um ein Jahr ver-
längert wird.

Ausland.

Italien.
△ Zum Zarenbesuch in Italien meldet „Echo de Paris“
aus Rom: Es ist sicher, daß der Zar dieses Sommer
eine längere Kreuzfahrt im Mittelmeer und adriatischen
Meer unternimmt und während derselben König Viktor
Emmanuel einen Besuch abstatten wird. Die italienischen
Sozialisten planen bereits jetzt die Organisation von
Kundgebungen gegen das zaristische Regime.

Balkanstaaten.
○ Verschwörung gegen den Fürsten von Montenegro.
Einer neuen Verschwörung gegen den Fürsten Nikolaus
von Montenegro kam man auf die Spur. Es wurden
bisher 20 Montenegrier verhaftet. Großes Aufsehen
erregt die Verhaftung des gewissen Kommandanten
Bulcinic, der Propaganda für die Behandlung des
Fürsten Nikolaus als jungtürkisches Muster machte. Es
sind weitere sensationelle Verhaftungen bevor.

Türkei.
■ Kämpfe mit griechischen Vandalen. In der Nähe
des türkischen Hochpostens Kolumar bei Loroos versuchten
griechische Jünglinge in die Türkei einzudringen,
wurden aber von der türkischen Grenzwaache beschossen
und zusammen mit den zu ihrer Hilfe herbeigekommenen
griechischen Grenzwachtern in die Flucht geschlagen.

Frankreich.

X Zum Kulturkampf in Frankreich. Kardinal
Andrieux von Bordeaux, gegen den wegen seines frei-
mütigen Hirtenbriefes eine gerichtliche Verfolgung
eingeleitet ist, hat dem Untersuchungsrichter zur An-
twort gegeben: „Ich erkenne den Kultus das Recht nicht
zu, mich auf Grund irgend eines Artikels des Tren-
nungsgesetzes zu verfolgen. Dieses Gesetz existiert nicht
für die Katholiken von dem Augenblicke an, da ihr
oberster Herr, der Richter über die Moral der In-
dividuen wie der Nationen, es als gegen das Eigen-
tum, die Autorität und die Freiheit der Kirche ver-
stoßend beurteilt hat. Wenn eine Unternehmung ge-
gen mich angeordnet worden ist, werde ich, angesichts
der rein religiösen Materie und wegen des Gesetzes
gegen die Rechte der Kirche, nicht zu der Verhandlung
erscheinen.“

Gegenüber Bekannten bemerkte der Kardinal, wenn
die Regierung Gewalt anwenden sollte, so würde sie
bald sehen, wie lange sie darin verharren könnte und
wieweit sie damit käme.
Inzwischen ist gegen den Bischof von
Bayonne das gleiche Strafverfahren eingeleitet
worden. Der Bischof wird beschuldigt, in seinem
Hirtenbrief, worin er die Leberweidung der Kirchen-
güter und die neutrale Schule besprach, die Katho-
likern zum Ungehörig gegen das Gesetz aufgefordert
zu haben. Auch die beiden Geistlichen, welche den
Hirtenbrief von der Kanzel verlasen, wurden vor den
Richter zitiert. Da noch mehrere andere Bischöfe in
Hirtenbriefen mit gleichem apostolischen Freimut die
gegenwärtige Lage beleuchteten, steht ein Monster-
prozess zu gewärtigen.

Afrika.
— Aus Marokko. Meldungen aus Casablanca zu-
folge haben die Verberstämme Muley Rebir zum
Sultan proklamiert. Die Verber sowie ver-
schiedene andere Stämme sollen beabsichtigen, die Truppen
Muley Hafids anzugreifen.

Die Zweikaiserbegegnung in den finnischen Schären.

Gestern vormittag 9 Uhr 45 Min. traf die „Hohen-
zollern“ mit dem Kaiser an Bord auf dem Unterplatz
des russischen Geschwaders ein. Die mit Flaggen ge-
schmückten Schiffe feuerten Salut. Der Zar begab sich
sogleich an Bord der „Hohenzollern“, wo er eine halbe
Stunde verblieb. Unmittelbar nachdem der Kaiser
Nikolaus an Bord der „Standort“ zurückgekehrt war,
erwiderte Kaiser Wilhelm den Besuch.
Das ist alles, was der Draht über die Zusammen-
kunft zu melden weiß, und es ist wohl besser so, als
wenn durch gewaltigen Lärm der eigentliche Zweck der
Begegnung, der nach allgemeiner Auffassung ein fried-
licher ist, beeinträchtigt würde. Nach den Ereignissen
des letzten Winters darf es gewiss als ein Ereignis von
hoher politischer Bedeutung bezeichnet werden, daß der
Kaiser von Rußland, nachdem er und seine Regierung
längere Zeit den Intentionen des Einseitigpolitikers
Gubard gefolgt waren, aus eigener Initiative die Be-
gegnung mit dem deutschen Kaiser herbeiführte und da-
durch dokumentierte, daß zwischen Deutschland und Ruß-
land trotz der Politik Unglands im letzten Winter kein
Niß bestesse. So wirkt die Begegnung entschieden be-
ruhigend in durchaus friedlichen Sinne, wenn auch die
internationalen Lage dadurch kaum eine Veränderung erfährt.
Es ist wohl anzunehmen, daß auch die Streitfrage
kurz besprochen wurde. Dem Zar liegt nämlich viel
daran, daß die Frage im Sinne Friedenliebender bald
gelöst werde. Zu diesem Zweck wird ja auch der Zar,
der sich seit Jahren nicht mehr auf die politischen Ge-
schäftsreisen begab, den Westmächten Frankreich und
England Besuche abstatten, ebenso auch Italien. Man
darf deshalb wohl annehmen, daß auch diese Frage bei
der gestrigen Kaiserzusammenkunft nicht unerwähnt blieb.
Das wäre freilich auch wieder ein Konfliktstoff.

Man wird immerhin gut daran tun, das neue Unter-
pfand für die Erhaltung des Friedens“ nicht allzu hoch
einzuschätzen. Die Erneuerung des unter Bismarck ab-
geschlossenen Geheimvertrages mit Rußland scheint völlig
ausgeschlossen, ebenso eine Lockerung des Dreibundes.
Die Wiener „Neidspost“ schreibt zu der Kaiserbegegnung:
„Die Möglichkeit eines Abdrängens des Deutschen
Reiches von seiner bündnistreuen Politik gegenüber
Oesterreich-Ungarn muß für uns nach der Feuerprobe des
vergangenen März als ausgeschlossen gelten; es gibt auch
für Deutschland nichts, was es verlocken könnte, auf Kosten
des Bündnisses Rußland näher zu rücken, am allerwenigsten
heute, wo in Rußland der Panislamismus sich wieder rührt
und seine Bestrebungen in den nahen Orient richtend will,
um dort eben die Bestrebungen Deutschlands wie die
Oesterreich-Ungarns zu erfüllen. Das ist ja auch das große
Manko, das von Anfang an der Zusammenkunft von Björkö
anhaftet, daß der Wille des Zaren und die Ver-
sicherungen des offiziellen Ausland immer
etwas anderes enthielten, als die eigentlich
in Rußland wirkenden Kräfte, und daß die
Korrektheit der Absichten des jetzigen Zaren nicht den
mächtigen deutschfeindlichen Zug niedrigeren Verstandes
den die gelehrigen Schläger Zanettis in die praktische
Politik Rußlands hineintragen.“

Das Balkanproblem bleibt auf der Tagesordnung.
Was nicht es aber, im Norden von Kronstadt freund-
liche Versicherungen auszusprechen, wenn im Süden jene
Rohschaffungen fortbauern, die sich gegen die mit-
europäischen Völker der beiden Kaiserreiche richten, und
wenn von Rußland aus unter Mitwirkung sehr hoch-
möglicher Herren daran gegangen wird, ein jertbi-
sches Piemont des Balkans aufzurichten, das mit
der Fahne der Panislamismus auf seinen Rücken
und russischen Geldern in seinen Rücken einen Klein-
krieg gegen Oesterreich-Ungarn und dessen Verbündeten
führen soll? Es ist sehr freundlich, daß der Zar sich
Ruhe geben will, einen Dreibündnistum mit Vertrauen
zu den Plänen Rußlands zu erfüllen, es wären hierfür
aber auch Unterlagen nötig, die man bisher noch nicht
als gegeben bemerken kann.“

Das Wiener Blatt hält freilich auch eine andere
Möglichkeit offen: eine Annäherung der drei
Kaiserreiche. Es schreibt:
„Gewiß, es gäbe viele gemeinsame Inter-
essen, welche die drei Kaiserreiche einan-
der näher führen müßten, wenn Rußland die
Ruhe über sich selbst zurückgewinne. Schon die Wirt-
schaft mit der man in England die Einleitung des Zaren
an Kaiser Wilhelm aufgenommen hat, die unvorhergesehenen
Jurchen, es könnte in Björkö etwas von dem drittel-
den britischen Einflüsse auf Rußland besprochen werden, ver-
riet, wie sehr sich England selbst als den gemeinsamen
Zeit seiner Entente mit dem Zarenreiche betrachtet. Ruß-
land ist heute der Kandidat Englands in dessen Bündnis
gegen Deutschland; nicht das Bündnis Rußlands mit
Frankreich, sondern die Entente Englands mit Rußland
ist der Feind der Rufe Europas. Auch Gründe der
höheren Staatspolitik würden Rußland näher an die
beiden Kaiserreiche weisen, die den konservativen Ge-
sinnung ihres Wesens — im edelsten Sinne des Wortes ver-
standen — gemeinsam haben mit einem Heide, in dem
sich die Revolution und der Anarchismus nicht nur in
ihre Schlußpunkte zurückgewandt haben, aber der daß
gegen die russische Monarchie nicht schlummert.“

Zu der Nachricht eines englischen Blattes, der Zar
werde im Laufe des Sommers auch dem Kaiser
Franz Joseph einen Besuch abstatten, bemerkt die
„Neidspost“:
„Die Nachricht klingt noch nicht sehr bestimmt; würde
sie wahr sein, so läge darin vielleicht das beste Anzeichen,
daß die Zusammenkunft in Björkö den finnischen Schären
nicht als ein vergebener Versuch angesehen ist und daß die
russische Herrscher mit allen Mitteln sich bemühen, die
alten Erinnerungen an die russische Politik gegenüber
dem Amegiontske auszuräumen und einen Kurs zu er-
öffnen, der auch den eigentlichen Interessen Rußlands
am besten dienlich ist. Inzwischen wird man noch Vor-
sicht üben gegenüber den Danaern, auch wenn sie Ge-
schenke bringen.“

Hd. Revai, 18. Juni. Bei dem Besuch auf der
„Standort“ war der Kaiser begleitet vom Staats-
sekretär von Schön und dem Hofkammerer Grafen
Kourales und anderen. Der Kaiser wurde auf der
„Standort“ begrüßt vom Zaren, der Kaiserin
Alexandra Feodorowna und dem Gefolge, unter
dem sich der Ministerpräsident Stolypin und der
Minister des Auswärtigen, Szwolski, befanden.
Hd. Petersburg, 18. Juni. Zur Kaiser-Entente
vertraut aus autoritativer Quelle, daß der Hauptpunkt
der Verhandlungen eine Verständigung zwischen Deutsch-
land und Rußland über die verschiedenen Balkanfragen
sei. Auch die Polenfrage soll erörtert werden. Der
Zar wird Kaiser Wilhelm die Versicherung geben, daß
die Spitze der Tripel-Entente sich niemals gegen Deutsch-
land gerichtet habe. Die austro-russischen Differenzen
werden nur indirekt berührt werden.
Staatssekretär v. Schön hatte eine lange Konferenz
mit Stolypin und Szwolski. Später wurde Stolypin
vom Kaiser in Audienz empfangen.

Baden.

Karlsruhe, 17. Juni 1909.
-s. Nochmals das Zentrum als konfessionelle
Partei.
Die liberale Presse hat zwar viel über den Artikel in
Nr. 127 des „Wald. Beob.“ geschrieben, aber kein einziges
Wort teilt seinen Lesern kurz und bündig mit, daß der
„Wald. Beob.“ sich dagegen gewehrt hat, von der liber-
alen Presse als Fronzunge für den konfessionellen Cha-
rakter der Zentrumsparlei angeführt zu werden und den
politischen Charakter des Zentrums betont hat. Statt
dessen bürgelt man an dem Artikel herum, und im
übrigen stellt man nach wie vor das Zentrum als das
hin, was es nicht sein will und nicht ist, als eine
konfessionelle Partei. So schreibt z. B. der „Schwäbische
Merkur“ in Nr. 272:
„Die Behauptung des Zentrums, daß es keine konfessionelle
Partei ist, ist schwer zu verdrängen, und selbst das
Überhaupt der kath. Christenheit scheint nicht ganz davon
überzeugt, da es von dem Zentrum als einer kath. Organi-
sation gelobt werden soll. Das heißt dem „Wald. Beob.“
natürlich nicht, aber er weiß sich zu helfen: Für den Fall,
daß der Papst jene Worte wirklich gebraucht hätte, erklärt
der „Wald.“, der Papst habe sich dann über den politischen
Charakter des Zentrums geäußert. Ja, geüßert! Denn der
Papst hat ja nicht ex cathedra gesprochen, da kann er sich
irren! Der „Wald.“ bewilligt ihm noch besonders milde-
rende Umstände: Der Papst konnte sich leicht irren, da das Zen-
trum in der Tat seine Hauptstärke in der kath. Bevölkerung
Deutschlands hat! „Hauptstärke!“ Das ist vorzüglich! Wie
viele Nichtkatholiken sind denn außer einigen Heiden bald
Hebräern, wenn sogar der Papst sich irren kann, ja nicht
einmal der „Wald. Beob.“ vom Zentrum verstanden bleibt, das
dürfen andere lerrende Menschen gewiss um so mehr auf milde
Behandlung rechnen.“
Das sind nichts als Phrasen. Der „Schwäb. Merk.“
hätte wahrlich besser getan, entweder überhaupt nicht
über diese Angelegenheit zu schreiben oder doch wenig-
stens Bemerkung über den konfessionellen Charakter der Zen-

trumpfpartei zu bringen. Beweise freilich können die Herren nicht bringen, dafür behaupten sie aber um so häufiger. Bringt man unierereits Beweise für das Gegenteil, so werden sie in der liberalen Presse einfach ignoriert und man begnügt sich damit, zu konstatieren, daß das Zentrum eben doch eine „konventionelle“ Partei sei. Warum das? Dafür gibt es keinen anderen denkbaren Grund als den, daß man die protestantische Bevölkerung vor der Zentrumspartei warnen will. Man spekuliert hier auf den profanantischen Instinkt und tut selbst gerade das, was man der Zentrumspartei immer vorwirft. Wir können uns dagegen nicht anderes wehren, als den politischen Charakter der Zentrumspartei zu betonen, einmal im Interesse der Wahrheit, dann aber auch im eigenen Parteinteresse.

Landesversammlung des Bad. Frauenvereins.

Karlsruhe, 17. Juni.
Die Landesversammlung des Bad. Frauenvereins fand heute vormittag im großen Festsaal des Generalsekretärs Geh. Rat Müller hier die Eröffnung der Versammlung die Eröffnungsreden herzlich willkommen und teilte mit, daß auch Großherzogin Luise an der Versammlung teilnehmen werde.

Der Geschäftsbericht für 1908 bildet den ersten Punkt der Tagesordnung. In Ergänzung des gedruckten Berichtes macht der Generalsekretär zwei Mitteilungen, wonach der Mitgliedsbeitrag am Ende 1908 sich auf 70 919 bezieht, die in 391 Zweigvereinen organisiert sind. Anwesenden haben sich 76 904, die Zahl der Zweigvereine 308 betragen. Das Vermögen des Frauenvereins beträgt 1 808 501 Mk., wobei das Vermögen des Frauenvereins mit 50 000 Mk. und einigen kleineren Beträgen mit zusammen 20 000 Mk. nicht mitgerechnet ist. Die Einnahmen des Hauptvereins betragen 1 792 757 Mk., die Ausgaben 1 780 965 Mk., die Einnahmen der Zweigvereine 1 279 689 Mk., die Ausgaben 1 215 608 Mk., das Kleinvermögen 2 984 180 Mk. Bei den Zweigvereinen war die finanzielle Entwicklung etwas ungünstiger infolge von Winderlösen und Mehrausgaben infolge der Steigerung der Lebensmittelpreise. Sodann berichtet der Generalsekretär über die einzelnen Fonds und deren Verwendung und bittet die Zweigvereine, die Unterstützungsgesuche gewissenhaft zu prüfen, wobei solche nicht berücksichtigt werden sollen, die keinen Zweck haben. Die Besuche an den Waisenanstalten sollen nur auf Ansuchen der Vereinsblätter (20. Sept.) eingereicht werden. Das Vereinsblatt, das am Ende letzten Jahres 3000 Abonnenten hatte, zählt jetzt 4000. Die Zweigvereine mögen das Blatt in möglichst viele Hände gelangen lassen. Bei 70 000 Mitgliedern ist die Zahl von 4000 Abonnenten gering. Ferner macht Medner auf die Volksbibliothek aufmerksam. Sie umfaßt jetzt 20 450 Bände. Im vorigen Jahre sind 59 Sendungen mit 2700 Büchern an Zweigvereine und Gemeinden abgegeben. Die Benutzung konnte noch reger sein. Großherzogin Luise und Großherzogin Luise erschienen im letzten Tag der öffentlichen Armenunterstützung anwesenden Frauen. Die Besuche an den Waisenanstalten sollen nur auf Ansuchen der Vereinsblätter (20. Sept.) eingereicht werden. Das Vereinsblatt, das am Ende letzten Jahres 3000 Abonnenten hatte, zählt jetzt 4000. Die Zweigvereine mögen das Blatt in möglichst viele Hände gelangen lassen. Bei 70 000 Mitgliedern ist die Zahl von 4000 Abonnenten gering. Ferner macht Medner auf die Volksbibliothek aufmerksam. Sie umfaßt jetzt 20 450 Bände. Im vorigen Jahre sind 59 Sendungen mit 2700 Büchern an Zweigvereine und Gemeinden abgegeben. Die Benutzung konnte noch reger sein. Großherzogin Luise und Großherzogin Luise erschienen im letzten Tag der öffentlichen Armenunterstützung anwesenden Frauen.

Die Vorleserin des Haushaltungsfachseminars gibt praktische Ratschläge über die Veranstaltung von solchen Vorträgen und nennt eine Reihe von praktischen Gegenständen. Am Anfang der Vorträge empfehlen sich Mitteilungen über die Näh- und Stickerei. Auf dem Gebiet der Kinderpflege weist Medner auf die Lehrende Tätigkeit der Kinderpflegerinnen hin, es sei eine der schönsten Aufgaben. Es werden Wägen im fortgeschrittenen Alter und von 17 Jahren ausgebildet in der Kinderpflege, ebenso solche, die Kinder pflegen, zur Pflege von Kindern von der Geburt an. Die Zahl der Schülerinnen, die von den Krankenhäusern verlangt werden, ist im letzten Jahre um 1000 zugenommen und wächst in die Höhe. Die Wägen sind bis auf weiteres voll besetzt. Auch für den Schulbesuch der Kinder wird Sorge getragen.

Die Vorleserin des Haushaltungsfachseminars gibt praktische Ratschläge über die Veranstaltung von solchen Vorträgen und nennt eine Reihe von praktischen Gegenständen. Am Anfang der Vorträge empfehlen sich Mitteilungen über die Näh- und Stickerei. Auf dem Gebiet der Kinderpflege weist Medner auf die Lehrende Tätigkeit der Kinderpflegerinnen hin, es sei eine der schönsten Aufgaben. Es werden Wägen im fortgeschrittenen Alter und von 17 Jahren ausgebildet in der Kinderpflege, ebenso solche, die Kinder pflegen, zur Pflege von Kindern von der Geburt an. Die Zahl der Schülerinnen, die von den Krankenhäusern verlangt werden, ist im letzten Jahre um 1000 zugenommen und wächst in die Höhe. Die Wägen sind bis auf weiteres voll besetzt. Auch für den Schulbesuch der Kinder wird Sorge getragen.

Auf dem Gebiet der Armenpflege und Wohltätigkeit sind wohl alle Zweigvereine tätig. Der Prof. Ing. Graber macht Mitteilungen über die Waisenanstalten, die sich zur Aufgabe machen, arme, gefährdete Mädchen in geordnete Verhältnisse zu führen, um aus ihnen tüchtige Hausfrauen zu machen. Die Waisenanstalten haben die Hauptaufgabe, zu retten, und zwar auf dem Lande so gut wie in der Stadt. Medner zeigt auf Waisen, wie bei unehelichen, bei Waisen und solchen Mädchen, die infolge der Notwendigkeit, zu verdienen, Gefahren ausgesetzt sind, helfen können, und bittet die Vereine, die Tätigkeit auf diesem Gebiet der Waisenhilfe zu pflegen.

Über die Bekämpfung der Tuberkulose berichtet Prof. Stark, diese Abteilung könne bereits ein Jubiläum feiern. Ende des Jahres 1908 war bereits in jeder dritten Gemeinde im Großherzogtum ein Tuberkuloseausgang. Über 2000 Kranke wurden angemeldet, über 800 in Heilanstalten untergebracht; zur Wahrung wurden 80 Veranlassungen abgegeben und tausende von Rindern vertrieben. Die 553 Ausgänge sind nicht alle gleichartig. Es zeigt aber der Mangel der Tuberkulose, daß sie bekämpft werden kann. Im Jahre 1908 wurden 70 000 Mk. zur Verwendung gegen die Tuberkulose bereitgestellt und 60 000 Mk. ausgegeben. Die meisten Ausgänge entfallen eine geringere Tätigkeit. Langsam reifen die Früchte unserer Tätigkeit, aber sie reifen.

Die Sänglingsfürsorge hat ebenfalls gute Fortschritte gemacht durch die Einführung der Mädchenvereine. Die Mädchenvereine haben sich an der Sänglingsfürsorge beteiligt. Damit ist der Mädchenberichtsbericht erledigt. Die Sachverhalte des Bad. Landesvereins vom 1. Oktober 1908, die im Entwurf vorgelegt werden, wonach Sanitätskommissionen und andere Vereine, die sich einer ähnlichen Tätigkeit widmen, sowie Gemeinden und Einzelpersonen Mitglieder werden können, werden debattiert angenommen.

Der Antrag des Zweigvereins Mannheim über die Beteiligung der Zweigvereine an den Zentralvereinen, wonach die Zweigvereine die wichtigen Fragen und Geländeaufgaben übernehmen sollen, wird dahin angenommen, daß es der Zentralleitung überlassen wird, das weitere zu veranlassen.

Bezirksassistentenarzt Dr. Walfchner hält einen Vortrag über die Landfrankenpflege.

Seit über 150 Jahren pflegen die Frauen in Baden ihren Beruf aus. Unter Landfrankenpflege versteht man die Krankenpflege seitens Frauen und Mädchen, die neben ihrem sonstigen Beruf sich dieser Tätigkeit widmen. Sie sollen keine Krankenträgerinnen für Ordensschwwestern oder Diakonissen sein, sondern nur ein Ersatz für dieselben, wo sie nicht eingesetzt werden können. Im Jahre 1906 betragen in Baden 442 Gemeinden, 53 Städte und 889 Landgemeinden eine Krankenpflege, während 960 Landorte einer solchen entbehren. Inzwischen sind die Verhältnisse etwas besser geworden; aber gleichwohl bleibt die Zahl der Orte ohne Krankenpflege groß. Als Pflegerinnen sollen kinderlose Frauen, Witwen oder Unverheiratete nicht unter 25 Jahren und nicht über 45 Jahren ausgebildet werden und zwar auch in der Wöchnerinnenpflege, an der es auf dem Lande noch mandamental fehlt. Der materielle Verdienst der Landfrankenpflegerinnen ist meistens recht bescheiden. Wir sind bestrebt, den Einzug der Gelder von den Familien durch die Gemeinde oder Vereine befördern zu lassen, um der Pflegerin das Verbleiben an den Familien zu erleichtern. Die Krankenpflegerin soll am Orte ihrer Heimat ihren Beruf ausüben. Wir sind bestrebt, sie zu unterstützen, sie wird auch in der Kranken- und Waisenpflege aufgenommen. Zur Einrichtung und Förderung der Landfrankenpflege bestehen verschiedene Fonds, auch die Landesversicherungsanstalt Baden gibt jährlich einen größeren Betrag zu Zwecken der Landfrankenpflege. Die Unterstützung der Landfrankenpflege durch die Zentralleitung betrug im letzten Jahre 3705 Mk. Zur moralischen Unterstützung der Pflegerinnen sind 37 Vertrauensdamen tätig. Im letzten Jahre wurden 8980 Kranke von Landfrankenpflegerinnen gepflegt und zwar an 3195 Tagen und 1084 Nächten und durch 92223 Einzelbesuche. Medner bittet der Krankenpflege die Aufmerksamkeit zuzuwenden, sich darüber zu unterrichten und andere dazu zu veranlassen, damit auch die noch einer Pflege entbehrenden Gemeinden eine solche erhalten.

Aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums des Landesvereins werden die Zweigvereine dem Landesverein eine Feilgabe überreichen, die etwa 10 Mk. wertvoll sein wird, wenn sie nach Verfügungsbefehl mehr oder weniger getragen wird. Der Generalsekretär dankt für diese Überreichung.

Über Mittelverfugung in Ausübung allgemeiner Gesundheitspflege hielt Obermedizinalrat Dr. Kauffmann einen Vortrag. Medner verweist auf die immense Bedeutung der Milch im allgemeinen und im besonderen im Kampf gegen die Tuberkulose und Säuglingssterblichkeit, und verbreitete sich eingehend über die Milchfrage. Wo so viele Kräfte tätig sind, wie im Frauenverein, da muß etwas gutes zustande kommen.

Der Vortrag läßt sich in 21 folgende Punkte zusammenfassen:
1. Die Versorgung größerer Volkskreise mit einwandfreier Milch erweist sich im Hinblick auf die aus der Milchinfektion wie der Milchinduration resultierende gefährliche Gefahr als ein nicht abzuweisendes Gebot der allgemeinen Gesundheitspflege.
2. Als ein hauptsächlichstes Mittel dieser Fürsorge hat sich in den letzten Jahren, zumal auf dem Gebiet der Säuglingsfürsorge die Errichtung von Milchschulen erwiesen, aus welchen sowohl die dem jeweiligen Kindesalter und Gesundheitszustand angepaßte Milch als auch Vollmilch in einwandfreier Form und an Bedürfnisse um verhältnismäßig geringen Preis abgegeben werden kann.

3. Im Hinblick auf die, insbesondere auch in Arbeiterkreisen fühlbare Milchverfügungsfrage wie im Hinblick auf die in Bezug auf Erhaltung und Vertrieb wichtiger Stoffe erweist sich insbesondere die Errichtung von Milchschulen im Hinblick auf große industrielle und insbesondere solche Anlagen, welche in nennenswerter Zahl Frauen beschäftigen. Die Errichtung solcher Anlagen ist so sehr zu empfehlen, als es gelingt, die Milchschulen zugleich mit Kinderkrippen und Beratungsstellen für Mütter und Kinder organisch zu verbinden.
4. Um mit größerem Nachdruck die mit den Milchschulen verbundenen Aufgaben, namentlich hinsichtlich der rationellen Säuglingsfürsorge zu fördern, empfiehlt sich für Baden die organisatorische Zusammenfassung aller im Lande bereits bestehenden Einrichtungen an Fürsorge zu einem planmäßigen und zielbetreffenden Zusammenarbeiten, unter Leitung und Führung der im Bad. Frauenverein gegebenen Organisation (Art. VI) und unter Bezug weiterer auf der Lösung der Gesamtaufgabe interessierender Kreise sowohl aus dem Gebiet der Staats- wie der Gemeindeverwaltung, wie aus den Reihen der Industriellen des Landes.

5. Die in Baden bestehenden Bezirksausgänge für Tuberkulose, bei welchem Ausmaß ihrer Tuberkuloseausgänge, sind geeignet, bei eventuellem Ausbau ihrer Organisation zu Ausschüssen für allgemeine Gesundheitspflege diejenigen Organe zu bilden, aus welchen in Verbindung mit der Zentralleitung des Badischen Frauenvereins, insbesondere mit dessen Abteilungen V und VI, diejenige Landesorganisation zu schaffen wäre, welche sowohl nach dem danksverdienlichen Vorschlag des Herrn C. Weninger in Mannheim, wie nach dem in dessen geplanten Vorgehen (Münchener) imstande wäre, neben den bereits übernommenen Aufgaben, auch jene einer einwandfreien Milchverfugung — in erster Linie hinsichtlich der Säuglingsfürsorge — einer befriedigenden Lösung zuzuführen.

An der Diskussion beteiligten sich der Rätgeber Dr. Kellermann, der Universitätsrat Freytag, der besonders für die Stillpropaganda eintritt und beklagt, daß die Milchschulen mit ärztlicher Beratung verbunden werden. In Freiburg wurde nur noch auf ärztliche Verordnung sterilisierte Milch abgegeben.

Prof. Stark bezeugt, ob die von Obermedizinalrat Dr. Kauffmann gemachte Angabe der Zentralabteilung an den Tuberkuloseausgang durchführbar ist.
Prof. Schäfer-Seidelberg glaubt, daß der Privatnützlichkeitsfaktor der Milchverfugung nicht so viel zugunsten werden darf. Die Gemeinden müßten dafür auch Sorge tragen. Medner spricht ebenfalls der Stillpropaganda das Wort. Milch zu künstlicher Ernährung der Säuglinge sollte nur dann abgegeben werden, wenn nachgewiesen ist, daß die Mütter nicht stillen können.

Der Vorsitzende schlägt die Versammlung mit dem Dank für die fördernde Teilnahme der hohen und höchsten Herrschaften und aller, die am Feste mitgewirkt haben und mit dem Wunsch, daß der Frauenverein auf der gewonnenen Grundlage der verflochtenen 50 Jahre rüstig weiterarbeiten möge.

Das Verzeichnis im Stadtpark, der abends in feenhafter Beleuchtung stattfand, war von einer solchen Menschenmenge besetzt, daß der freie Verkehr fast unmöglich wurde.

An der geistigen Festversammlung des Bad. Frauenvereins kam ein Antrag, die Kaiserin zur Verleihung, das nach der „Karlsruher Zeitung“ folgenden Wortlaut hat:
Es gereicht mir zur Freude, dem Badischen Frauenverein vom roten Kreuz meine Glück- und Segenswünsche zu der Feier seines 50jährigen Bestehens spenden zu können. Welche reiche Entwicklung, welche weit umfassende Liebestätigkeit in Kriegs- und Friedenszeiten haben diese fünf Jahrzehnte unter dem Schutze und der Leitung seiner hohen Protektorin hervorgerufen, deren unermüdete Hingabe, deren nie ruhende Fürsorge und helfende Hand, deren stets auf die Lösung neuer Aufgaben gerichteter

Sinn dem Verein und seinen Mitgliedern im badischen Lande Herz und Seele gewesen sind? Aber auch über die Grenzen der engeren Heimat hat der Badische Frauenverein vorbildlich gewirkt, und in ganz Deutschland wenden sich die Mäde der Schweigereine dankbar, wo die schöne Feier in dankbarer Stimmung alle Zweigvereine seines Wirkens in enger Zugehörigkeit bereinigt. Nicht ohne Wehmut wird es empfunden werden, wie viele schon in dem Kreise stehen, die in der feierlichen Stunde die Großherzogin Luise umgibt. Und gewiß wird auch das mit diesen 50 Jahren so eng verbundene Andenken an ihre erlauchte Mutter, die Kaiserin Augusta, in treuer Erinnerung nachgerufen werden. Meine teilnehmenden Gedanken werden aus der Ferne in Ihrer Mitte weilen mit dem herzlichsten Wunsch, daß Gottes Segen, der auf der Vergangenheit geruht hat, Ihr Wirken bis in die fernste Zukunft begleiten möge.
Neues Palais, 15. Juni 1909.

geb. Auguste Viktoria, L. R.
H. R. G. die Großherzogin Luise hat unterm 16. ds. Mts. folgendes Schreiben an Herrn Oberbürgermeister Siegfried geschrieben:

Die Jubiläumstage unseres badischen Frauenvereins sind für mich mit untrüblicher Freude und Respekt erfüllt. Karlsruhe verbunden, daß es mir ein Bedürfnis ist, auch bei diesem Anlaß der aufrichtigen Dankbarkeit Ausdruck zu geben, mit welcher mich diese Aufgabe erfüllt. Bis das Zentral-Komitee mit seinen sechs Abteilungen und zahlreichen Unterabteilungen in besonderer Weise den Interessen der Stadt einen Hauptteil seiner Tätigkeit stets zuwenden durfte und stets zugewandt hat, so ist es auch für mich immer eine hohe Verpflichtung gewesen, auf diesem Wege Hand in Hand mit der weit ausgebreiteten badischen Fürsorge auf allen Gebieten harter Mähefleiß und gemeinnützigster Bestrebungen zusammenwirken zu können. Im Bewußtsein dieses hohen Vorzugs und des gegenseitigen Vertrauens, welches mir in Freud und Leid eines reich gesegneten Lebens ein unverlorenes Gut gewesen ist, möchte ich heute an dem für den Badischen Frauenverein wie für mich so bedeutungsvollen Tage meine Dankbarkeit zum Ausdruck bringen. Möge auch weiterhin das gleiche Verständnis volle Zusammenwirken die Stadt Karlsruhe mit unserem Verein verbinden.

Zum Andenken an unsere Feier bitte ich Sie das beifolgende Andenkenblatt sowie eine Medaille den vielen Erinnerungsreichen anzuhängen, die Ihre Majestät, welches mir selbst so viele Erinnerungen in sich schließt, für immer bewahrt.

geb. Luise, Großherzogin von Baden, Prinzessin von Preußen.

Karlsruhe, 17. Juni. Die Städte Heidenberg, Mannheim und Baden-Baden haben an die Großherzogin Luise Telegramme gerichtet, in welchen sie die hohe Frau zu den feierlichen großartigen Festen des von ihr ins Leben gerufenen Vereins beglückwünschten. Darauf sind herzliche Danktelegramme von den Oberbürgermeistern Dr. Wilmens, Martin und Fischer eingegangen.

Von jetzt ab kostenfrei
bis zum Ende des Monats erhalten von hiesigen
Beziehern des „Badischen Beobachters“. Wir bitten
um gefl. Angabe der Adresse durch Postkarte, damit
wir unsere Träger Anweisung geben können.
Auswärtige ohne Bezahler erhalten das „Bad.
Beobachter“ kostenfrei und in jeder beliebigen Anzahl
durch die Post zugestellt.
Geschäftsstelle des „Bad. Beobachters“
Karlsruhe, Adlerstrasse 42.

Kleine badische Chronik.

* Von Ottenhöfen erzählt der „Acher- und Bühlerbote“ Nr. 134 folgende Mith:
„Eine antike Mitteilung vom Austritt hiesiger Katholiken aus der katholischen Kirche ist dem unterzeichneten Parazyme bis jetzt nicht zugegangen. Gerüchteleise verlautet, daß die hier wohnenden Agitatoren einer protestantischen Gesellschaft, die sich hauptsächlich von der Straße bisher nicht losgelagert halten, vor einigen Tagen ihren Austritt aus der katholischen Kirche beim Bezirksamt erklärt haben.“
Ottenhöfen, den 16. Juni 1909.
Gebildeter. Parazyme.

In einem anderen Artikel von Ottenhöfen aus wird die übergenau an sich schon lediglich als gründliche Beschimpfung erkennbare Behauptung im „Volksfreund“, Ottenhöfen sei bisher eine „ultramontane Hochburg“ gewesen, in der Individualität in jeder Beziehung Trumpf gewesen sei, als „peride Verleumdung“ des ganzen Ortes zurückgewiesen.
Wie uns von unbedeutender Seite mitgeteilt wird, handelt es sich in der Angelegenheit von Ottenhöfen um pietistische Propaganda durch Kurage, die aus der Gegend von Oberfeld und Wornum stammen und ihren Verbreitungsverdienst mit Geld nachbrachten zu versehen verließen. Man wird wohl noch mehr über die Sache hören. Vielleicht tritt auch noch der „Volksfreund“ dieser Bewegung bei.

Lokales.

Karlsruhe, 18. Juni 1909.
H. R. G. 1907. Auf dem städtischen Festplatz, wo es 1907 mehrere Tage lang spielte, wird der Zirkus Corty-Mohr morgen seine letzte Aufschlags, um am gleichen Tage beginnend, einen auf 10 Tage berechneten Aufenthalt in der Stadt zu veranlassen. Wie bei diesem ersten Aufschlags Unternehmen vorauszusetzen ist, sind die dortigen Leistungen, welche der gesamte Festplatzbetrieb, in seinen Grenzen gehalten, wie sich die Reklame im vornehmen Rahmen hält, so sind auch die Leistungen in vornehmem Stil gehalten. Zirkus-Mohr führt sich ein durch sein Renouveau und seine Erfolge.

[=] Ein neuer Ausbruch des Feuers in dem niedergebrannten Lagerhuppen der Firma Wagnack & Co. Gestern abends 8 Uhr ist in dem in der Nacht um 16. d. M. niedergebrannten Lagerhuppen der Firma Wagnack & Co. wiederum Feuer ausgebrochen, das von der herbeigerufenen Feuerwehr nach 1/2 stündiger Tätigkeit wieder gelöscht werden konnte.

[=] Max-Verbrand. Wiener Früh 7/4 Uhr in einem Mann-Verbrand, Feuer aus dem ein Teil des Dachstuhl wurde mehrere Holzgegenstände zum Vorschein. Der Brand wurde durch die Feuerwehr und die alarmierte 2. Compagnie der Feuerwehr bald gelöscht. Der Schaden ist nicht bedeutend. Die Entstehungsursache konnte bis jetzt nicht festgestellt werden.

[=] Selbsterlöb. Gestern Nachmittag 3 Uhr hat sich ein 27 Jahre alter lediger Bäcker aus Neugausen, welcher hier Kameraden besuchte, hinter dem neuen Friedhof durch einen Sturz in die linke Schläfe getötet. Ein Kamerad sah den Vorgang mit an, konnte ihn aber nicht mehr verhindern. Der Grund zur Tat soll in Schwermut und Nervenschwäche zu liegen sein; der Verlebte soll schon wiederholt seiner Umgebung gegenüber Selbstmordgedanken geäußert haben.

Vermischte Nachrichten.

Hd. Berlin, 18. Juni. Ein schweres Bootunglück ereignete sich gestern in dem benachbarten Grönheid. Dort fuhren drei Herren und eine Dame in einem Segelboot auf dem Neckar hinaus. Wählig kenterte das Boot aus bisher unaufgeklärter Ursache und die Insassen stürzten ins Wasser. Zwei der Herren konnten sich durch Schwimmen retten, während der dritte, der die Dame retten wollte, mit dieser ertrank. Es soll sich um einen Offizier und die Tochter eines höheren Offiziers handeln.

Hd. Friedrichshafen, 17. Juni. Die Juppelin-Baugesellschaft teilt mit, daß die Meldung, wonach Verhandlungen wegen Anlage eines Luftschiffhafens auf dem Süssen-See schweben, ebenso unrichtig ist, wie die Nachricht über eine Vergebung von Luftschiffhallen. Die Gesellschaft betont wiederholt, daß an die Ausführung solcher Projekte nicht gegangen werden kann, so lange nicht eine Gesellschaft begründet ist, die den Verkehr mit Luftschiffen übernimmt. Schließlich ist auch die Meldung falsch, daß am 6. Juni die Reichstagsmitglieder in Friedrichshafen eintreffen werden.

Hd. Athen, 17. Juni. Gestrige Erbsünde wurden in Lemia verurteilt. Der Struktur des Ortes ist eingestürzt, eine Anzahl Wohnhäuser beschädigt, Personen sind nicht verletzt. Die Stadt ist groß.

Hd. Berlin, 17. Juni. Die Verhandlungen gegen den Sekretär der deutschen Gewerkschaft in Santiago, Federl, der der Ermordung des Gewerkschafts-Portiers sowie der Brandstiftung in Rio de Janeiro, hat, wie die „Voss. Ztg.“ hört, mit der Verurteilung des Angeklagten zum Tode geendet. Federl stellte auch während der Verhandlung jede Schuld in Abrede, wurde aber durch die vorliegenden Indizien für hinreichend überführt erachtet. Das Urteil wird jedoch vermuthlich an Berufung nicht vollzogen, sondern auf dem Gnadenwege in lebenslänglichen Kerker umgewandelt werden.

Telegramme und neueste Nachrichten.

Hd. Paris, 17. Juni. Der sozialistische Verband des Seine-Departements erob in einer gestern angenommenen Tagesordnung Einspruch gegen den Besuch des Zaren in Gherbourg.

Hd. Saloniki, 17. Juni. Nach hier eingetroffenen Meldungen aus Smyrna wurde der englische Vizekonsul Kivali von einem Pöbelhaufen angegriffen. Dem energischen Eingreifen des Sekretärs des britischen Konsulats gelang es, den Vizekonsul vor ernstlichen Angriffen zu schützen. Das gesamte Konsular-Korps hat bei dem Gouverneur energischen Protest erhoben.

Zur Rede Bülow's.

Hd. Paris, 17. Juni. Die hiesigen Blätter enthalten sich vorläufig noch jeden Kommentars zur Bülow-Rede. Der Berliner Korrespondent des „Reichsboten“ will von einer Persönlichkeit aus der nächsten Umgebung des Kanzlers erfahren haben, daß Bülow heute mehr als je entschlossen ist, dem Kaiser seine Demission zu unterbreiten, falls es ihm nicht gelingt, vom Reichstag die Zustimmung zur Erbanfallsteuer, wie er sie formuliert hat, zu erlangen.

Hd. Paris, 18. Juni. Die ausländische Presse stellt ebenfalls unter dem Eindruck, daß die jüngste Rede des deutschen Reichskanzlers eine für die innerpolitische Lage des deutschen Reiches sehr bedeutungsvolle Kundgebung sei. Der „Times“ hält es für verflücht, sich mit dem etwaigen Folgen einer Veränderung im Reichskanzleramt zu befassen. Eine entscheidende Wendung würden wohl erst die nächsten Wochen bringen.

Hd. London, 17. Juni. Die hiesigen politischen Kreise betrachten Bülow's Rede als unbefriedigend. Vielfach wird angenommen, sie sei Bülow's Schwänzung, weil sie die Lage nicht klärt. Verweis seines Verfalls, die Liberalen mit den Konservativen auszuweisen, sagt die „Times“, die interessanteste Frage ist, welchen Preis die Konservativen dafür verlangen werden.

Zur Reichsfinanzreform.

Hd. Berlin, 17. Juni. Von oft gut unterrichteter Seite wird dem „V. Z.“ gemeldet: Die Konservativen und Zentrum halten an der Kotierungssteuer fest. Sie sind nur bereit, gewisse, das Ausland berücksichtigende Erleichterungen zuzustimmen. Damit die Finanzreform nicht ohne Kotierungssteuer zustande komme, wollen Konservativen und Zentrum für die Finanzreform ein Mantelgesetz schaffen, um darin die Annahme der Kotierungssteuer ausdrücklich zu sichern. Für den Fall, daß die verbundenen Regierungen sich mit der Kotierungssteuer in der beabsichtigten Form einverstanden erklären, dürfte bei den Konservativen wie beim Zentrum die Neigung wachsen, für Erbanfallsteuer zu stimmen.

Zimmer noch Fall Schüring.

Hd. Berlin, 17. Juni. In der Disziplinarsache gegen den früheren Bürgermeister von Nulm, Schüring, hat das Oberverwaltungsgericht, wie das „Berliner Tagbl.“ hört, den Termin für die neue Verhandlung in die Zeit zwischen dem 15. Sept. und 1. Oktober in Aussicht genommen.

Weiterbericht des Zentrals für Meteorol. und Hydrogr. vom 18. Juni 1909.

Das Depressionsgebiet über dem Ozean besteht fort, doch hat sich der hohe Druck von seinem Kern, der wie am Montag südlich von Irland liegt, weit in das Binnenland hinein ausgedehnt. In Deutschland ist das Wetter vorwiegend heiter; die Temperaturen sind bei nördlichen Winden meist etwas gemildert. Vorwiegend heiteres, trockenes und etwas wärmeres Wetter ist zu erwarten.

Wahrschau des Rheines am 18. Juni 1909 (nach: Schüring) 2.62, gestiegen 6. Wehr 2.93, gefallen 1. Moran 4.51, gefallen 16. Mannheim 4.17, gefallen 39.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Firma Leipheimer & Meude hat anlässlich ihres bevorstehenden Jubiläums eine Festchrift als Erinnerungsgabe herausgegeben für ihre Kunden und Gönner. Diese Schrift wird aber nicht zugestellt, sondern den Interessenten im Geschäft überreicht.

Tages-Kalender.

Freitag, den 18. Juni.
Bundeskabine mit Bericht über den Verhandlungstag und Besprechung politischer Tagesfragen.
Kathol. Gesellenverein. 9 Uhr Gesangsprobe.
Apollotheater. 8 Uhr Varietevorstellung.
Eintrachtclub. 8 Uhr musikalische Aufführung zugunsten des Badischen Frauenvereins.
Stadtpark. 4 Uhr Konzert der Feldartilleriekapelle 50.

Verein der ewigen Anbelung für Männer.

Sonntag, den 20. Juni (Denz-Jesu-Sonntag), nachmittags von 1-2 Uhr, gemeinsame Andeutung in der St. Vincentiuskapelle nach dem Magnificat.

In meinem Räumungs-Verkauf wegen Umbau **Große Posten Frottier- und Badetücher mit 10% Rabatt oder doppelte Marken.**
Karlsruhe Wilh. Boländer Kaiserstr. 121.

Karlsruher Lebensversicherung a. G.
 vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt.
 Ende 1908 Versicherungsbestand 642 Millionen Mark. Ältestes, bewährtes System steigender Dividende. 1908 gezahlte Dividende: bis 119% der vollen Jahresprämie.

Triberg 715 Meter über dem Meere.
 Mittelpunkt der badischen Schwarzwaldbahn. — Sommer- und Winterstation. Saisonfrequenz 1908: 15.000 Personen ohne Passanten. — Hervorragende Naturschönheiten. — Deutschlands grösste Wasserfälle, 163 Mtr. hoch. — Industrie- und Gewerbehalbe. — Hotels für alle Ansprüche. — Prospekt mit Hotelpreislste durch die Kurverwaltung.

Klingenmünster „Pfälzer Hof“
 Besitzer: Max Doerzapf,
 hält sich Touristen und Vereinen bestens empfohlen.

Nur 10 Tage
 Von Samstag, 19. Juni, bis incl. Montag, 28. Juni.

Circus
 Gerty Kl. Hoff
 Direktor-Besitzer: Pierre Kl. Hoff

Karlsruhe, a. d. städtischen Festplatz!

Samstag, den 19. Juni abends 8 Uhr
Gala-Eröffnungs-Vorstellung.

Für Karlsruhe
 völlig neues Riesenprogramm!

114 Pferde edelster Rasse. Phänomenale Dressuren! Sensations-Creationen!	wie es bisher kein Circus geboten hat!	146 Personen erstklassige Künstlerinnen. Grossartige Leistungen!
--	--	--

Billige Eintrittspreise bei grossem Programm.
 Abend-Vorstellungen für Erwachsene u. Kinder:

Loge M. 2.50	Fauteuil M. 1.75	I. Platz M. 1.20	II. Platz 80 Pfg.	Galerie 40 Pfg.
--------------	------------------	------------------	-------------------	-----------------

Militär, vom Feldweibel abwärts, wochentags abends:
 I. Platz Mk. 1.00, II. Platz 60 Pfg., Galerie 30 Pfg.

Nachmittags 4 Uhr für Erwachsene u. Kinder:

Loge M. 1.50	Fauteuil M. 1.00	I. Platz 75 Pfg.	II. Platz 50 Pfg.	Galerie 25 Pfg.
--------------	------------------	------------------	-------------------	-----------------

Bekanntmachung.
 Nr. C 3804. Strassenbenennung betreffend.
 Der südliche Teil der Leopold-Strasse (zwischen Garten- und Rheinbahn-Strasse) erhält in dankbarer Anerkennung der verdienstvollen Tätigkeit des Badischen Frauen-Vereins und insbesondere seines langjährigen Generalsekretärs, des Herrn Geheimen Rats Otto Sachs, den Namen
„Otto Sachs-Strasse.“
 Karlsruhe, den 17. Juni 1909.

Der Stadtrat:
 Siegrist. Lager.

Heirat.
 Beamter, in sicherer Position, anf. 20er, ruhiger, gutn. Charakter, wünscht mit eben solchem häuslich erzogenen Fräulein, mit etwas Vermögen, bekannt zu werden, zwecks baldiger Verheiratung. Nur ernstgemeinte Briefe, womöglich mit Bild, unter Nr. 457 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Julius Löwe
 Karlsruhe Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins Werderplatz 25
 Mein diesjähriger
Inventur-Verkauf
 beginnt **Samstag, den 19. ds. Mts.,** und bietet durch grosse Preismässigung auf fast alle Artikel eine selten wiederkehrende **billige Einkaufs-Gelegenheit**, zumal ich noch während dieses Sonder-Verkaufs auf **alle Artikel**
10% in Doppelten
 Rabattmarken gewähre.
 Besonders reduziert sind:

So lange Vorrat:

1 Posten Herren-Anzüge zum Aus-suchen 16⁵⁰ M. Es sind dies noch einzeln vorhandene Grössen, sowie Restbestände von voriger Saison, die jedoch einen weit höheren Wert besitzen.	Stoff-Hosen von 3⁵⁰ an	Herren für Knaben
Herren-Anzüge aus Resten und Gelegenheitskäufen angefertigt, mit gutem Futter und vorzüglichem Schnitt, zum Einheitspreise 29⁵⁰ M. und 35⁵⁰ M. an	Wash-Joppen von 1⁴⁰ an	
Fertige Damen-Blusen in Batist, Alpaca, Woll-mousseline, Leinen, Zephir und Kattun: Letztere jetzt von 1³⁵ M. an	Loden-Joppen von 2⁵⁰ an	
Enorme Auswahl schwarz, weiss und farbiger Schürzen in allen denkbaren Façons für Frauen von 65⁵⁰ an für Kinder von 40⁵⁰ an	Lustre-Joppen von 4⁵⁰ an	
Fertige Bettbezüge (Damast und Kattun) Bettlicher Oberbettlicher Kissenbezüge mit Peston, Einsätze oder gebogt (voll gross) Letztere von 1⁵⁰ M. an	Wash-Anzüge von 2²⁰ an	
Ferienkolonien für arme, kränkliche Schul-kinder der Stadt Karlsruhe. Rufnr. Mit der Zunahme der Bevölkerung unserer Stadt mehren sich auch die Zahl derjenigen Kinder, die zur Kräftigung ihrer Gesundheit neben einfacher, reichlicher und nahrhafter Kost einen mehrwöchentlichen Aufenthalt in „Luft, Licht und Sonne“ dringend nötig haben. Sind doch im letzten Jahre von den Lehrern und Schul-ärzten zusammen 447 Kinder als erholungsbedürftig für unsere Ferienkolonien vorgeschlagen worden, wovon Dank-der opferwilligen Unterstützung unserer Mit-bürger 100 Mädchen und 75 Knaben entsendet werden konnten. Um nun auch im kommenden Sommer einer grösseren Anzahl bedürftiger Kinder einen Badeaufenthalt zu ermöglichen, wenden wir uns wiederum an den gut erprobten Mühsamkeitssinn unserer Mitbürger und bitten herzlich und dringend um freundliche Gaben an Geld und später auch an Kleidungsstücken zur Reise-ausrüstung für die auszuwendenden Kolonien. Karlsruhe, den 3. Mai 1909. Das Komitee (Geschäftsstelle: Kreuzstrasse 15, Zimmer Nr. 13). Dr. Appel, Stadtrabbiner, Kaiserstrasse 34 a; Dr. Bähr, Medizinalrat, Kaiserstrasse 223; Dr. Brian, Medizinalrat, Amalienstrasse 79; Dr. Doll, Hofrat, II. Vorstädter, Ritterstrasse 26; Fahrenbach, Geh. Oberregierungsrat, Landeskommissar, Kaiserstrasse 178; Frig, Oberlehrer, Sommerstrasse 10; Geier, Obersekretär, Schriftführer, Bahnhofsstrasse 44; Dr. Gerwig, Stadtschulrat, I. Vorstädter, Kreuzstrasse 15; Hahner, Oberlehrer, Durlacher Allee 16; Händel, Stadtrat, Stefanienstrasse 37; Dr. Hoffmann, Medizinalrat, Kriegs-strasse 11; Dr. Horstmann, Bürgermeister, Kriegsstrasse 89; Frau Kommerzien-rat Hoepfner, Minheimerstrasse 15; Huber, Privatier, Kaiserstrasse 185; Rüdiger, Geistlicher Rat, Erbprinzenstrasse 14; Krehmann, Major a. D., Bismarckstrasse 23; Frau Oberbürgermeister Lauter, Kriegsstrasse 98; Fräulein Lutz, Impetoria, Müppenerstrasse 46; Dr. Müller, Medizinalrat, Bahnhofs-strasse 2; Peter, Stadtdirektor, Schachmeister, Kreuzstrasse 1; Rapp, Stadt-pfarrer, Friedrichsplatz 15; Frau Geh. Hofrat Redmann, Borholzstrasse 9; Dr. Reich, Stadtrat, Kriegsstrasse 29; Frau Oberamtssekretär Dr. Sauter, Göttingerstrasse 25; Schneider, Geh. Kommerzienrat, Erbprinzenstrasse 31; Steglik, Oberbürgermeister, Fichtstrasse 1; Stecht, Hofrat, Fichtstrasse 62; Steglik, Hauptleutnant und händl. Zureinilektor, Kaiserstrasse 55; Dr. Steiner, Stadt- und Zahnarzt, Göttingerstrasse 1; Dr. Stroede, Hofapotheker, Kaiser-strasse 201; Dr. Trab, Hofrat, Novards-Strasse 13; Williard, Banrat, Söfienstrasse 35; Ziegler, Medizinalrat, Westendstrasse 74.	Kostümröcke von 3⁵⁰ an Unterröcke von 2⁹⁰ an Hemden von 1⁴⁰ an Beinkleider von 1⁵⁰ an Nachtjacken von 1⁵⁰ an Untertaillen von 75 Pfg. an Corsetten von 1³⁰ an Gürtel von 50 Pfg. an	

Gelegenheitskauf in Unterwäsche
1 Posten Normalhemden zum Aussuchen **1³⁵ M.** und **1⁷⁵ M.**
Unterhosen Unterjacken **1⁵⁰ M.** **80⁵⁰ M.**

Reste in: **Kattun, Zephir, Wollmousseline** zu Blusen und Kleider ausreichend zu selten niedrigen Preisen

Blaufelchen
 täglich frisch, empfiehlt
Jean Kessel
 Hoflieferant
 Kaiserstr. 150, Telephon 335.

Das Beste vom Besten ist
Coprabutter-Benora,
 bester und billigster Ertrag für Naturbutter zum Backen u. Kochen.
Engros-Lager W. Erb.
 Telefon 495.

Ludwig Schweisgut,
 Karlsruhe, Erbprinzenstrasse 4,
Pianos und Harmoniums
 Nur allerbeste Fabrikate. Ueber 100 Instrumente zur Auswahl. Reelle Preise. Fachmännische Garantie. Umtausch alter Klaviere. Gespielte Instrumente billigst. Stimmungen. Reparaturen.

Woerl's
 Reise FÜHRER.

Verlangen
Sie
 bitte.
 ein Probeheft der katholischen Welt von dem Verlag der Kongregation der Pallottiner (Kahn).

Pianino,
 nur kurze Zeit gepielt, vorzüglich im Ton, neueste Konstruktion, prima Fabrikat, in nubbaum, ist sehr preiswert zu verkaufen. 10jährige Garantie.
Fritz Müller,
 Musikalienhandlung, Karlsruhe, Telefon 1988. Kaiserstrasse 221.

Stellung-Geuch.
 Ein durchaus zuverlässiges Fräulein, gelegten Alters, aus geachteter Familie, sucht Stellung, als zweite Stütze und Beihilfe in einem katholischen Pfarrhaus. Eintritt September oder Oktober, nach Wunsch auch früher. Angebote bitte man unter Nr. 453 an die Geschäftsstelle dieses Blattes zu richten.

Möbliertes Zimmer gesucht.
 Angebote unter Nr. 456 mit Preis von Zimmer und Pension an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein gut möbliertes Zimmer sofort oder später zu vermieten.
 Näheres Marienstr. 31, I., Laden.

Zum heutigen Wiegenfeste senden wir unsere liebenswürdigen „Zante“, Frau Zophie, in der Zeitstrasse 21, und unsern treuen Bundesbruder Freund „Nad“, die herzlichsten Glüde- und Segenswünsche. Ad multos annos.
 Karlsruhe. Der Vorstand des Junggesellenbundes: F. Wudde.